

KURZ NOTIERT

Schienenlärm: Berlin lässt Gelder verfallen

Berlin. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren Mittel für den Lärmschutz an Bahnstrecken in Millionenhöhe verfallen lassen. Zwischen 2005 und 2014 seien 155 Millionen Euro, die für Lärmsanierungen zur Verfügung standen, nicht genutzt worden, berichtete die „Passauer Neue Presse“ unter Berufung auf das Bundesverkehrsministerium. dpa

Getränkedosen wieder auf dem Vormarsch

Essen. Die Getränkedose erlebt zwölf Jahre nach Einführung der Pfandpflicht ein kleines Comeback. 2014 wurden nach Angaben des Verbands der Getränkedosenhersteller bundesweit 1,86 Milliarden Stück abgesetzt. Das entspricht einer Steigerung von knapp über 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, wie die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet. dpa

Wodka-Produktion in Russland im Keller

Moskau. Mit einem beispiellosen Produktionsrückgang ist das russische Nationalgetränk Wodka in den Strudel der Wirtschaftskrise geraten. Die Herstellung sei 2014 um 22,3 Prozent eingebrochen, berichteten Medien unter Berufung auf die Statistikbehörde in Moskau. Ein Grund sei, dass illegal gebrannter Schnaps legale Erzeugnisse wegen der hohen Verbrauchersteuer schrittweise verdränge. dpa

Brüsseler Vorstoß für europaweite Maut

Berlin. EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc hat sich für eine europaweite Maut ausgesprochen. Es mache Sinn, „dass wir mittelfristig an einem europäischen System für Lkw und Pkw arbeiten, das die Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren für alle EU-Länder einheitlich regeln könnte“, sagte sie. Die Höhe der Abgabe sollte sich nur an der Zahl der gefahrenen Kilometer orientieren und nicht zeitabhängig sein. dpa

Weniger Besucher auf der Messe boot

Düsseldorf. Mit einem leichten Rückgang der Besucherzahl ist gestern die Wassersportmesse boot in Düsseldorf zu Ende gegangen. 240 000 Besucher aus 60 Ländern zählte die Messegesellschaft an den neun Messetagen. Im Vorjahr waren es knapp 249 000. Die Veranstalter äußerten sich dennoch zufrieden. Die Nachfrage nach großen Yachten ziehe an. dpa

Über 415 000 Besucher auf der Grünen Woche

Berlin. Die Grüne Woche hat in diesem Jahr erneut mehr Besucher angezogen. Mehr als 415 000 Gäste hätten sich auf der Agrarmesse informiert, sagte Messesprecher Wolfgang Rogall gestern in Berlin. Die Besucher hätten etwas mehr gekauft und bestellt als im Vorjahr und gaben im Durchschnitt 117 Euro aus. Die Umsätze der Aussteller summierten sich auf etwa 48 Millionen Euro. dpa

Innovativ und bodenständig

Kieler Start-Up Traser entwickelt Software für das Betriebsmanagement von Land- und Baumaschinenhändlern

Kiel. Der Verwaltungsaufwand bei kleineren und mittelständischen Land- und Baumaschinenhändlern wächst stetig. Auf diese Entwicklung hat das Kieler Unternehmen Traser Software reagiert und bietet eine branchenspezifische kaufmännische Software an.

Von Anne Holbach

„Es kam früher nicht selten vor, dass der Verkauf eines 100 000-Euro-Schleppers auf einem Bierdeckel unterschrieben worden ist. Das geht heute nicht mehr“, sagt Traser-Geschäftsführer Hauke Lamb. Viele Landmaschinenhändler hätten sich von kleineren Familienbetrieben zu stärker professionalisierten, größeren Unternehmen gewandelt. „Sie müssen den großen Herstellern viele Kennzahlen liefern“, erklärt sein Partner Torben Weber. „Dabei kommen viele der Händler mit ihren bisherigen Softwaresystemen an ihre Grenzen.“

Im Unterschied zu anderen Anbietern bietet Traser auf Basis von Microsoft Dynamics NAV eine große Lösung an. „Von Lohnabrechnung über Warenwirtschaft, der Bestellabwicklung bis zur Übersicht über Reparaturaufträge läuft alles über ein System“, erklärt Lamb. Vor vier Jahren begann der 34-Jährige mit seinem Partner die Entwicklung. Mit einem Team von acht Gründern wagten sie im vergangenen Oktober den Sprung zum eigenen Unternehmen. Und das wächst. Inzwischen hat das Start-Up 14 Mitarbeiter.

20 Kunden hat das junge Unternehmen bereits bundesweit – von Peter Clausen



Das Geschäft mit dem Verleih von Traktoren und anderen Landmaschinen ist komplex. Eine Kieler Software soll helfen. Foto John Deere

Landtechnik aus Nordfriesland bis zur Tradler-Baumaschinen GmbH im bayrischen Traunstein. Einen entscheidenden Schub hat das Start-Up durch die Zusammenarbeit mit prodeco bekommen, einer Kooperation von Land- und Baumaschinenhändlern. „Das hat uns die Aqise sehr vereinfacht“, sagt Weber. „Und schafft das nötige Vertrauen bei den Betrieben.“ Das sei wichtig, denn für ihre Kunden könne die Investition in die Softwarelösung je nach Unternehmensgröße in den sechsstelligen Bereich gehen. Vertrauen hätten sie auch durch ihre bodenständige Art erzielt. „Bei unseren Kunden passt es einfach nicht, wenn

Leute aus Frankfurt mit Schlips und Anzug kommen“, den entwickeln die Jungunternehmer sagt Lamb. „Wir kommen selbst alle aus dem ländlichen Raum.“ Inzwischen sind die Gründer auch eine Entwicklungspartnerschaft mit dem Weltmarktführer für Landtechnik John Deere eingegangen und kooperieren mit dem Haus der Landtechnik in Karlsruhe, einer Leistungsgemeinschaft führender Landmaschinenbetriebe.

Gemeinsam mit ihren Kunden entwickeln die Jungunternehmer die Software stetig weiter, besuchen sie auf dem Land. Sie sind viel unterwegs, Kiel sei da geografisch nicht unbedingt der beste Standort. Bleiben wollen sie trotzdem. „Hier können wir gut Nachwuchs anwerben. Denn wir wollen gerne ausbilden“, sagt Weber. Schon jetzt beschäftigt Traser einen dualen Studenten, im

Sommer soll ein Auszubildender Fachinformatiker dazukommen. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter liegt bei Anfang 30. „Das ist sicher auch ein Grund dafür, warum wir sehr innovativ sind“, sagt Lamb. „Ein großer Trend ist gerade das Ausweiten der Unternehmenssoftware auf das Handy. Wenn zum Beispiel ein Mitarbeiter rausfährt, um einen Mähdröcher zu reparieren, kann er dann sein Protokoll vor Ort ins Smartphone eingeben.“ In den kommenden Jahren sei außerdem der Übergang von einer klassischen Unternehmens-Software mit Lizenzen zu einer cloudbasierten Lösung das größte Thema.



Gründer-Team: Torben Weber (li.) und Hauke Lamb. Foto kp

Vom Verkaufsberater zum Regaleinräumer: Verdi beklagt weitere Sparpläne bei Karstadt

Essen. Beim krisengeplagten Warenhauskonzern Karstadt drohen den Beschäftigten weitere schmerzhafteste Einschnitte. Neben der bereits bekannten Streichung von 2000 Stellen sollten weitere 1100 Mitarbeiter von Verkaufsberatern zu Regaleinräumern degradiert werden, sagte Aufsichtsratsmitglied Arno Peukes, der für die Gewerkschaft Verdi in dem Gremium sitzt, der „Süddeutschen Zeitung“ (Sonntag). Die Betroffenen sollten pro Monat 300 Euro weniger verdienen als bisher. Heute sollten die Beschäftigten bei Betriebsversammlungen in den Häusern über die Pläne

des Managements zur Abgrenzung informiert werden, bestätigte der Gewerkschafter. „Wir brauchen Berater und keine menschenleeren Selbstbedienungsbereiche, das steht im großen Widerspruch zu den bisherigen Konzepten und Aussagen des Eigentümers, der Kunde werde künftig im Mittelpunkt stehen“, sagte Peukes. Die Beschäftigten seien durchaus bereit, beim Umbau konstruktiv mitzuwirken. „Aber das ergibt nur Sinn, wenn es einen klaren Plan gibt, der langfristig den Weg zu einem erfolgreichen Warenhaus aufzeigt.“

Aus Kreisen des Unternehmens hieß es laut „Süddeutscher Zeitung“, es handle sich nicht um eine „Degradierung“ der Mitarbeiter. Im Vergleich zur Konkurrenz liege die Produktivität bei Karstadt 25 bis 30 Prozent niedriger. Daher müssten Arbeitsabläufe angepasst werden. Erst kürzlich hatte der angeschlagene Warenhauskonzern deutliche Umsatzeinbußen im wichtigen Weihnachtsgeschäft eingestuft. Daraufhin bekräftigte Finanzvorstand Miguel Müllenbach die Notwendigkeit einer harten Sanierung des Unternehmens. „Es besteht kein Zweifel daran, dass einschnei-

dende personelle Veränderungen auf der Fläche in den Filialen und insbesondere auch im Service Center in Essen unabweichlich sind“, betonte er. Die Karstadt-Führung wolle nun zügig mit den Arbeitnehmervertretern die Verhandlungen darüber fortsetzen, „wo und wie die erforderlichen und notwendigen Einsparungen von Personal- und Sachkosten nun konkret umgesetzt werden sollen“. Die Sanierung sei unabdingbar für das wirtschaftliche Überleben von Karstadt und unverzichtbar, um einem Großteil der Mitarbeiter eine Zukunftsperspektive zu geben. dpa



Sanierungskurs geht weiter: Karstadt-Stammhaus von 1881 in Wismar. Foto dpa

Drei Millionen Erwerbstätige sind von Armut bedroht

Berlin. Arm trotz Arbeit: Immer mehr Erwerbstätige in Deutschland können kaum von ihrem Einkommen leben. Ende 2013 bezogen nach einer Auswertung des Statistischen Bundesamts rund 3,1 Millionen Erwerbstätige ein Einkommen unterhalb der Armutsschwelle. Das waren 25 Prozent mehr als 2008, als diese Zahl noch bei rund 2,5 Millionen lag, berichtet die „Saarbrücker Zeitung“ unter Berufung auf eine Sonderauswertung der Statistiker berichtete.

Als armutsgefährdet gilt dem Bericht zufolge, wer einschließlich aller staatlichen Transfers wie zum Bei-

spiel Wohn- oder Kindergeld weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens erzielt. 2013 lag diese Schwelle in Deutschland bei 979 Euro netto im Monat. Nach Angaben der Statistiker waren 16,1 Prozent der Bevölkerung damals armutsgefährdet.

Haushaltsbefragungen ergaben, dass 379 000 der armutsgefährdeten Erwerbstätigen im Jahr 2013 ihre Miete nicht rechtzeitig bezahlen konnten. 417 000 sparten beim Heizen, 538 000 beim Essen, indem sie nur jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit zu sich nahmen. Für rund jeden zweiten Betroffenen (1,5 Millio-

nen) sei bereits ein einwöchiger Urlaubsaufenthalt im Jahr nicht bezahlbar gewesen.

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach erklärte, der gesetzliche Mindestlohn werde nicht reichen, um Armut trotz Arbeit zu beseitigen. Nötig seien auch bessere Sozialleistungen. „Vielerorts explodieren die Mieten. Deshalb muss dringend das Wohngeld angehoben werden.“ Auch der Kinderzuschlag für Geringverdienende müsse erhöht werden. Ähnlich äußerte sich der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, Ulrich Schneider. „Wir brauchen ein

abgestimmtes Maßnahmenbündel, bestehend aus einer deutlichen Erhöhung des Mindestlohns, aber auch des Kindergeldes und des Wohngeldes. Anderenfalls werden insbesondere größere Familien nicht erreicht.“

Die Linken-Vorsitzende Katja Kipping forderte daher die Absicherung aller Kinder und Jugendlichen mit einer ausreichenden Kindergrundsicherung, einen Mindeststundenlohn ohne Ausnahmen in Höhe von zehn Euro sowie eine ausreichende Mindestrente und Mindestsicherung. „Unter 1050 Euro droht Armut“, sagte Kipping. dpa